

Begugs-Preis

In der Hauptstadt ohne den im Stadt-
hafen und den Vororten erzielten Aus-
gaben abgezehlt: vierzehn Schill. 4.50.
Bei maximaler täglicher Auflistung ins
Jahr A. 5.50. Durch die Post droppen für
Deutschland und Österreich: vierzehn
A. 6.— Direkt tägliche Auslieferung
der Ausgabe: monatlich A. 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 7 Uhr,
die Abend-Ausgabe Montags 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johann Gottlieb S.

Die Redaktion ist Montags ununterbrochen
geschlossen von früh 8 bis spätestens 7 Uhr.

Filialen:

Otto Störm's Buchhandlung, Albrechtstraße 1.
Louis Höhne, Rathausstraße 14, post. und Königstraße 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 665.

Zur gesälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 31. December,
Vormittags nur bis 1/2 9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 30. December.

Bei dem Aufspüren der Urfächen, die wöchentlich oder an-
gleich zu einer „Kampftag“ Verabschiedung gegeben
haben, verfahrt ein großer Theil der Presse recht unfehlbar
und wahrhaftig, während die anderen, jeder Gegenstand
höchst unverständlich ist z. B. die auch von der „Kampftag“
aufgestellte Behauptung, es handle sich besonders um einen
Gegenstand, zwischen dem Grafen Cavaillé und dem Finanz-
minister Dr. Michael. Der Reichskanzler nehme bezüglich
der Steuer- und Finanzreform den Standpunkt ein,
dass mit dem Reichstag nur die Dekum-Verfrage, sonst für
sich auf die Bedingung der Mehrheit für die Militär-Verlage
bezieht, verhandelt werden solle. Dr. Michael sei dagegen
höchst nicht geneigt gewesen, seine Reform soweit einzuhören,
höchstens habe er eine Reaktion der Steuer- und Finanz-
behörden zugesagt. Das ist, wie gesagt,
höchst unverständlich, denn erstens muss die Steuer-
und Finanzbehörden dem Reichskanzler ebenso am Herzen
liegen, wie dem preußischen Finanzminister, und zweitens ge-
währt die Bekräftigung dieser Reform nur die Bedingungsfrage
dem Reichskanzler nicht den geringsten Vorteil. Die Con-
servativen sind der Steuer- und Finanzreform im Großen
und Ganzen nicht abgeneigt und werden durch eine Be-
kräftigung derselben nicht geneigter werden, ihre Opposition
gegen die Handelsvertragspolitik des verbliebenen Regi-
erung aufzuheben. Das ist zu eindeutig, dass es kaum
zulässig zu werden braucht. Trotzdem verbreitet das „Der-
Bundes-Haus“ folgende Nachricht:

„Das unverrichtete Jahr wird uns mindestens, das nach Au-
lösung der Verträge des Reichskanzlers, bei Finanzminister Michael
und dem Finanzminister des Kaisers über die im Reichstage zu
befolgende Politik Bescheid geben hat. Der Reichskanzler
will sich im Einvernehmen mit dem Finanzminister darum begrenzen,
die Bedingung der Militärverträge zu erkämpfen, und seine ganze
Kraft auf Durchdringung des zufälligen Handelsvertrages
concentrieren. Der Finanzminister ergänzt der operativen
Stellung der Conservativen nicht abgeneigt ist, ihnen Finan-
zreformen auf eine spätere Saison zu versprechen, so würde
der Reichskanzler sie zu großen Verlusten bringen.“

Das ist Unrecht. Die Conservativen gegen den russischen Handelsvertrag hat mit dem Finanz-
minister nicht abgeneigt, wenn diese Blame auf eine spätere
Saison verlagert werden. Uebrigens steht auch die „Welt“

Allgem. Atz." der Wiedergabe des „Herald“ folgendes

Demento entgegen:

„Die einen ziemlichen Vorzug des Reichskanzlers und preußischen Minister der Cr. Reichs als den Kaiser am 28. 12. von öffentlichen Blättern erhaltenen Nachrichten ent-
beden, wie wir unfehlbar erfassen, jeder Gegenstand. Der
Reichskanzler wurde zunächst von Cr. Maystöck allein empfangen,
sondern der ganz andere Gegenstand betreffende Vorzug
wurde persönlich Minister folgte.“

Wie diesem Demento wird man natürlich die Gerüchte
nicht aus der Welt stoßen, die über eine „Kampftag“ im
Umlauf sind. Aber jedocsh beweist es, dass die Ueberredung
einer etwa vorhandenen Spannung auf ganz anderem
Gebiete zu suchen sind, als auf dem der Frage, ob es sich
vielleicht empfehlen dürfte, die Steuer- und Finanzbehörden
auf glücklichere Seiten zu verlegen.

Die Frage, welche Stellung der Herzog von Sachsen-
Gotha-Gotha seinem britischen Nachbarland gegenüber ein-
nimmt, wird im englischen Unterhause weiter erörtert. Heute
liegt darüber folgende Mietung aus London vor, welche die
Höchst unverständlich ist z. B. die auch von der „Kampftag“

aufgestellte Behauptung, es handele sich besonders um einen
Gegenstand, zwischen dem Grafen Cavaillé und dem Finanz-
minister Dr. Michael. Der Reichskanzler nehme bezüglich
der Steuer- und Finanzreform den Standpunkt ein,

dass mit dem Reichstag nur die Dekum-Verfrage, sonst für

sich auf die Bedingung der Mehrheit für die Militär-Verlage

bezieht, verhandelt werden solle. Dr. Michael sei dagegen

höchst nicht geneigt gewesen, seine Reform soweit einzuhören,

höchstens habe er eine Reaktion der Steuer- und Finanzbehörden

zugesagt. Das ist, wie gesagt,

höchst unverständlich, denn erstens muss die Steuer-

und Finanzbehörden dem Reichskanzler ebenso am Herzen

liegen, wie dem preußischen Finanzminister, und zweitens ge-

währt die Bekräftigung dieser Reform nur die Bedingungsfrage

dem Reichskanzler nicht den geringsten Vorteil. Die Con-

servativen sind der Steuer- und Finanzreform im Großen

und Ganzen nicht abgeneigt und werden durch eine Be-

kräftigung derselben nicht geneigter werden, ihre Opposition

gegen die Handelsvertragspolitik des verbliebenen Regi-

erung aufzuheben. Das ist zu eindeutig, dass es kaum

zulässig zu werden braucht. Trotzdem verbreitet das „Der-
Bundes-Haus“ folgende Nachricht:

„Das unverrichtete Jahr wird uns mindestens, das nach Au-
lösung der Verträge des Reichskanzlers, bei Finanzminister Michael
und dem Finanzminister des Kaisers über die im Reichstage zu
befolgende Politik Bescheid geben hat. Der Reichskanzler
will sich im Einvernehmen mit dem Finanzminister darum begrenzen,
die Bedingung der Militärverträge zu erkämpfen, und seine ganze
Kraft auf Durchdringung des zufälligen Handelsvertrages
concentrieren. Der Finanzminister ergänzt der operativen
Stellung der Conservativen nicht abgeneigt ist, ihnen Finan-
zreformen auf eine spätere Saison zu versprechen, so würde
der Reichskanzler sie zu großen Verlusten bringen.“

Das ist Unrecht. Die Conservativen gegen den russischen Handelsvertrag hat mit dem Finanz-
minister nicht abgeneigt, wenn diese Blame auf eine spätere
Saison verlagert werden. Uebrigens steht auch die „Welt“

zur gesälligen Beachtung.

Die Frage, welche Stellung der Herzog von Sachsen-
Gotha-Gotha seinem britischen Nachbarland gegenüber ein-
nimmt, wird im englischen Unterhause weiter erörtert. Heute
liegt darüber folgende Mietung aus London vor, welche die
Höchst unverständlich ist z. B. die auch von der „Kampftag“

aufgestellte Behauptung, es handele sich besonders um einen
Gegenstand, zwischen dem Grafen Cavaillé und dem Finanz-
minister Dr. Michael. Der Reichskanzler nehme bezüglich
der Steuer- und Finanzreform den Standpunkt ein,

dass mit dem Reichstag nur die Dekum-Verfrage, sonst für

sich auf die Bedingung der Mehrheit für die Militär-Verlage

bezieht, verhandelt werden solle. Dr. Michael sei dagegen

höchst nicht geneigt gewesen, seine Reform soweit einzuhören,

höchstens habe er eine Reaktion der Steuer- und Finanzbehörden

zugesagt. Das ist, wie gesagt,

höchst unverständlich, denn erstens muss die Steuer-

und Finanzbehörden dem Reichskanzler ebenso am Herzen

liegen, wie dem preußischen Finanzminister, und zweitens ge-

währt die Bekräftigung dieser Reform nur die Bedingungsfrage

dem Reichskanzler nicht den geringsten Vorteil. Die Con-

servativen sind der Steuer- und Finanzreform im Großen

und Ganzen nicht abgeneigt und werden durch eine Be-

kräftigung derselben nicht geneigter werden, ihre Opposition

gegen die Handelsvertragspolitik des verbliebenen Regi-

erung aufzuheben. Das ist zu eindeutig, dass es kaum

zulässig zu werden braucht. Trotzdem verbreitet das „Der-
Bundes-Haus“ folgende Nachricht:

„Das unverrichtete Jahr wird uns mindestens, das nach Au-
lösung der Verträge des Reichskanzlers, bei Finanzminister Michael
und dem Finanzminister des Kaisers über die im Reichstage zu
befolgende Politik Bescheid geben hat. Der Reichskanzler
will sich im Einvernehmen mit dem Finanzminister darum begrenzen,
die Bedingung der Militärverträge zu erkämpfen, und seine ganze
Kraft auf Durchdringung des zufälligen Handelsvertrages
concentrieren. Der Finanzminister ergänzt der operativen
Stellung der Conservativen nicht abgeneigt ist, ihnen Finan-
zreformen auf eine spätere Saison zu versprechen, so würde
der Reichskanzler sie zu großen Verlusten bringen.“

Das ist Unrecht. Die Conservativen gegen den russischen Handelsvertrag hat mit dem Finanz-
minister nicht abgeneigt, wenn diese Blame auf eine spätere
Saison verlagert werden. Uebrigens steht auch die „Welt“

zur gesälligen Beachtung.

Die Frage, welche Stellung der Herzog von Sachsen-
Gotha-Gotha seinem britischen Nachbarland gegenüber ein-
nimmt, wird im englischen Unterhause weiter erörtert. Heute
liegt darüber folgende Mietung aus London vor, welche die
Höchst unverständlich ist z. B. die auch von der „Kampftag“

aufgestellte Behauptung, es handele sich besonders um einen
Gegenstand, zwischen dem Grafen Cavaillé und dem Finanz-
minister Dr. Michael. Der Reichskanzler nehme bezüglich
der Steuer- und Finanzreform den Standpunkt ein,

dass mit dem Reichstag nur die Dekum-Verfrage, sonst für

sich auf die Bedingung der Mehrheit für die Militär-Verlage

bezieht, verhandelt werden solle. Dr. Michael sei dagegen

höchst nicht geneigt gewesen, seine Reform soweit einzuhören,

höchstens habe er eine Reaktion der Steuer- und Finanzbehörden

zugesagt. Das ist, wie gesagt,

höchst unverständlich, denn erstens muss die Steuer-

und Finanzbehörden dem Reichskanzler ebenso am Herzen

liegen, wie dem preußischen Finanzminister, und zweitens ge-

währt die Bekräftigung dieser Reform nur die Bedingungsfrage

dem Reichskanzler nicht den geringsten Vorteil. Die Con-

servativen sind der Steuer- und Finanzreform im Großen

und Ganzen nicht abgeneigt und werden durch eine Be-

kräftigung derselben nicht geneigter werden, ihre Opposition

gegen die Handelsvertragspolitik des verbliebenen Regi-

erung aufzuheben. Das ist zu eindeutig, dass es kaum

zulässig zu werden braucht. Trotzdem verbreitet das „Der-
Bundes-Haus“ folgende Nachricht:

„Das unverrichtete Jahr wird uns mindestens, das nach Au-
lösung der Verträge des Reichskanzlers, bei Finanzminister Michael
und dem Finanzminister des Kaisers über die im Reichstage zu
befolgende Politik Bescheid geben hat. Der Reichskanzler
will sich im Einvernehmen mit dem Finanzminister darum begrenzen,
die Bedingung der Militärverträge zu erkämpfen, und seine ganze
Kraft auf Durchdringung des zufälligen Handelsvertrages
concentrieren. Der Finanzminister ergänzt der operativen
Stellung der Conservativen nicht abgeneigt ist, ihnen Finan-
zreformen auf eine spätere Saison zu versprechen, so würde
der Reichskanzler sie zu großen Verlusten bringen.“

Das ist Unrecht. Die Conservativen gegen den russischen Handelsvertrag hat mit dem Finanz-
minister nicht abgeneigt, wenn diese Blame auf eine spätere
Saison verlagert werden. Uebrigens steht auch die „Welt“

zur gesälligen Beachtung.

Die Frage, welche Stellung der Herzog von Sachsen-
Gotha-Gotha seinem britischen Nachbarland gegenüber ein-
nimmt, wird im englischen Unterhause weiter erörtert. Heute
liegt darüber folgende Mietung aus London vor, welche die
Höchst unverständlich ist z. B. die auch von der „Kampftag“

aufgestellte Behauptung, es handele sich besonders um einen
Gegenstand, zwischen dem Grafen Cavaillé und dem Finanz-
minister Dr. Michael. Der Reichskanzler nehme bezüglich
der Steuer- und Finanzreform den Standpunkt ein,

dass mit dem Reichstag nur die Dekum-Verfrage, sonst für

sich auf die Bedingung der Mehrheit für die Militär-Verlage

bezieht, verhandelt werden solle. Dr. Michael sei dagegen

höchst nicht geneigt gewesen, seine Reform soweit einzuhören,

höchstens habe er eine Reaktion der Steuer- und Finanzbehörden

zugesagt. Das ist, wie gesagt,

höchst unverständlich, denn erstens muss die Steuer-

und Finanzbehörden dem Reichskanzler ebenso am Herzen

liegen, wie dem preußischen Finanzminister, und zweitens ge-

währt die Bekräftigung dieser Reform nur die Bedingungsfrage

dem Reichskanzler nicht den geringsten Vorteil. Die Con-

servativen sind der Steuer- und Finanzreform im Großen

und Ganzen nicht abgeneigt und werden durch eine Be-

kräftigung derselben nicht geneigter werden, ihre Opposition

gegen die Handelsvertragspolitik des verbliebenen Regi-

erung aufzuheben. Das ist zu eindeutig, dass es kaum

zulässig zu werden braucht. Trotzdem verbreitet das „Der-
Bundes-Haus“ folgende Nachricht:

„Das unverrichtete Jahr wird uns mindestens, das nach Au-
lösung der Verträge des Reichskanzlers, bei Finanzminister Michael
und dem Finanzminister des Kaisers über die im Reichstage zu
befolgende Politik Bescheid geben hat. Der Reichskanzler<br